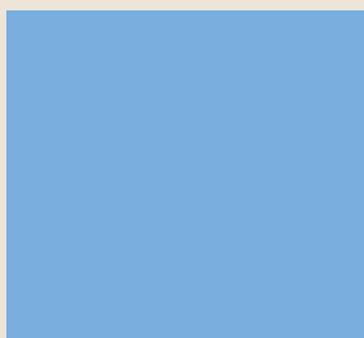
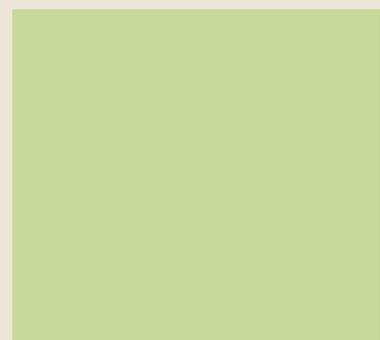


Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege

Berlin, Dezember 2013

verabschiedet in der BAGFW-Mitgliederversammlung am 04.12.2013



Inhalt

1. Vorwort.....	1
2. Selbstverständnis und Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in den Verbänden der BAGFW	3
3. Leitlinien bürgerschaftlichen Engagements in der BAGFW.....	4
4. Formen bürgerschaftlichen Engagements	6
5. Strategien zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements	7
6. Zentrale gesellschaftliche Trends als Herausforderung und wesentliche Aufgaben.....	9
7. Schlussfolgerungen	14

Impressum

erarbeitet vom Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“
in Zusammenarbeit mit der Sozialkommission II der
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Herausgeberin:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Telefon: 030 / 240 89 – 0
Fax: 030 / 240 89 – 134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

1. Vorwort

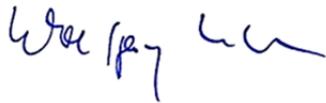
Bürgerschaftliches Engagement spielt seit Gründung der Wohlfahrtsverbände eine zentrale Rolle für deren Selbstverständnis und Aufgabenwahrnehmung. Ohne den Einsatz der vielen Menschen, die sich auf allen Ebenen einmischen, beteiligen und mitmachen, ist das breite Angebot der gemeinnützigen Verbände nicht vorstellbar.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, in der die sechs Spitzenverbände Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zusammenarbeiten, befasst sich eingehend mit der Frage, wie es um bürgerschaftliches Engagement bestellt ist. Schließlich müssen die Spitzenverbände immer wieder neue Wege finden, wie sie Bürgerinnen und Bürger dafür begeistern können, sich einzubringen. Es ist ihre ureigene Aufgabe, Orte der Solidarität zu schaffen, in denen jeder und jede Einzelne in verschiedener Weise für sich und andere Verantwortung übernehmen kann. Damit leisten die Wohlfahrtsverbände auch einen unverzichtbaren Beitrag für eine lebendige Bürgergesellschaft.

Schon immer war bürgerschaftliches Engagement von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhängig. Die haben sich gerade in den letzten Jahren massiv verändert: Die Arbeitswelt ist flexibler geworden. Die Menschen machen sich Sorgen um ihre eigene Zukunft und haben es schwer, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Demografische Veränderungen werden nicht nur sichtbar, sondern allmählich auch spürbar. Zudem sind neue soziale Bewegungen, Netzwerke und Kommunikationswege entstanden. Diese Aufzählung ließe sich noch fortführen. Politisch war zuletzt die Schaffung des Bundesfreiwilligendienstes 2011 eine Veränderung und Herausforderung auch für die Verbände in der BAGFW.

Wir haben uns aufgemacht, strategische Überlegungen zum bürgerschaftlichen Engagement anzustellen, die diese Entwicklungen berücksichtigen. Das vorliegende Strategiepapier ist dabei ein Anfang. Wie reagieren wir auf sich verändernde Rahmenbedingungen? Wie müssen wir möglicherweise unsere Strukturen und Angebote verändern? Welche Erwartungen haben wir an die Politik?

Die folgenden Strategien geben erste Antworten auf diese Fragen. Sie sind nicht das Ende der Debatte in der Freien Wohlfahrtspflege. Wir werden weiter diskutieren und die hier genannten Überlegungen weiterverfolgen. Bürgerschaftliches Engagement meint Beteiligung. So ist auch dieses Papier gemeint: Wir möchten mit den Menschen, mit der Politik, mit anderen Akteuren offen ins Gespräch kommen.



Wolfgang Stadler

Präsident der BAGFW

2. Selbstverständnis und Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in den Verbänden der BAGFW

Das gemeinsame Selbstverständnis der Wohlfahrtsverbände ist geprägt durch sozialverantwortliche Ethik und demokratische partizipatorische Grundhaltungen. Das Selbstverständnis wurzelt in den Werten des Christentums, des Judentums, des Humanismus sowie der Solidarität, Freiheit, Toleranz und Freiwilligkeit. Diese normative Fundierung des sozialen Engagements ist ein konstitutives Merkmal Freier Wohlfahrtspflege. Sie fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer pluralen und multikulturellen Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement war und ist Kernelement unserer Verbände und wesentliches Moment unseres Handelns. Heute engagieren sich Millionen Bürgerinnen und Bürger in über 100.000 Diensten und Einrichtungen der Verbände der BAGFW, und zwar in höchst unterschiedlichen Formen.

Seit Gründung der Wohlfahrtspflege engagieren sich Menschen in unseren Organisationen für das Gemeinwohl und gegen gesellschaftliche Missstände, national und auch international. Die Wohlfahrtsverbände prägen die demokratischen und sozialen Strukturen unseres Landes maßgeblich mit. Dabei sind für uns Ehrenamt, humanitäre Hilfe, auf das Gemeinwesen und die Nachbarschaft ausgerichtete Hilfe sowie Selbsthilfe und Formen der Mitgliedschaft in Vereinen und Initiativen von Bedeutung. Die Gesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger entwickeln sich weiter und werden durch moderne Technologien, Pluralisierung der Lebensstile, Globalisierung usw. verändert. Diesen stetigen Wandel begleiten und gestalten die Verbände mit. Teil dieses Prozesses war und ist dabei der regelmäßige und gut etablierte Diskurs mit staatlichen Institutionen auf allen Ebenen.

Bürgerschaftliches Engagement in seinen unterschiedlichen Formen ist ein wichtiger innovativer Impuls und verleiht sozialpolitische Schubkraft. Es bringt Beteiligung und Transparenz in die soziale Arbeit und stellt über die Verknüpfung von Haupt- und Ehrenamt eine eigene Qualität her. Bürgerschaftliches Engagement ist daher in seinen verschiedenen Dimensionen ein unverzichtbares Element Freier Wohlfahrtspflege.

3. Leitlinien bürgerschaftlichen Engagements in der BAGFW

Gemeinsame Grundprinzipien und Zielvorstellungen prägen unser Leitbild, nach dem wir bürgerschaftliches Engagement und unsere Engagementpolitik ausrichten. Auf dieser Grundlage stehen wir für:

Gewährleistung von Grundrechten

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unentbehrliche Grundlage des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und andere, das Mitgestalten der Demokratie und das solidarische Miteinander in der gegenseitigen Sorge füreinander bilden einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Kohäsion. Die Zivilgesellschaft basiert auf individuellen und kollektiven Freiheitsrechten, die sowohl Abwehrrechte gegen den Staat als auch Teilhaberechte begründen. Im Sinne der Eröffnung von Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion ist bürgerschaftliches Engagement daher als ein Grundrecht zu verstehen, das allen zu ermöglichen ist.

Bewahrung von Eigensinn und Freiwilligkeit

Bürgerschaftliches Engagement in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege organisiert sich grundsätzlich von der Basis aus und kann nicht „von oben“ verordnet werden. Es stiftet einen eigenen Sinn und verfolgt eigene Zwecke. Weil Bürgerinnen und Bürger heute oft zeitlich befristet, selbstbestimmt, sinnstiftend und eigenverantwortlich tätig sein wollen, begegnen wir diesen Bedarfen mit veränderten Angeboten. Bürgerschaftliches Engagement in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege ist vom Grundsatz her bestimmt durch die Prinzipien der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht auf seinen vordergründigen gesellschaftlichen Nutzen reduziert werden und steht einer staatlichen Instrumentalisierung entgegen, mit der notwendige sozialstaatliche Leistungen ersetzt werden sollen.

Etablierung einer Ermöglichungskultur

Ziel von Engagementpolitik muss die Ermöglichung des Engagements in seiner Vielfalt sein, nicht seine Steuerung. Innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege stehen unterschiedliche Formen und Kulturen des Engagements gleichberechtigt nebeneinander.

Sie sind durch gemeinsame Überzeugungen und Ziele verbunden. Wir fordern und schaffen eine Ermöglichungskultur, die im Engagement Räume für Beteiligung und für Neues öffnet.

Stärkung von Selbstverantwortung und Selbstbefähigung

Demokratie basiert auf einer aktiven Zivilgesellschaft. Die Verbände sind Organisationen der Zivilgesellschaft und organisieren diese mit. Die Wahrung der Subsidiarität als Vorrang des Handelns der freien Individuen und Initiativen vor dem staatlichen Handeln ist einer der wesentlichen Ausgangspunkte bürgerschaftlichen Engagements.

Organisation von Gemeinsinn und sozialem Zusammenhalt

Wir ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern in unseren historisch gewachsenen Organisationsformen die Teilhabe in drei wesentlichen Bereichen: soziales Handeln, politische Verantwortung und wirtschaftliche Beteiligung. Damit leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt.

Gestaltung des Gemeinwesens

Mit unserer Verankerung vor Ort, unserem Netz von Dienstleistungen und den Unterstützungsangeboten für engagierte Bürgerinnen und Bürger schaffen wir gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe. Die Freie Wohlfahrtspflege bietet ein Fundament für das Engagement im Gemeinwesen und vernetzt aktive Bürgerinnen und Bürger. Dabei haben wir auch das Ziel, Freiräume jenseits von Marktlogik und staatlicher Einflussnahme zu bewahren.

Stärkung zivilgesellschaftlicher Kooperationen und Vernetzung

Bei der Entwicklung von Formen und Modellen bürgerschaftlichen Engagements kooperieren die Verbände auf vielen Ebenen insbesondere mit lokalen Vereinen und Initiativen, Kirchengemeinden und religiösen Gemeinschaften, Migrantenorganisationen, Kulturvereinigungen, Sport- und Umweltverbänden und Unternehmen. Hier hat sich vielerorts ein intensiver Erfahrungsaustausch entwickelt.

Globales Lernen ermöglichen

Europäische Prozesse, internationale Zusammenarbeit in den Verbänden und Globalisierung führen dazu, dass wir Engagement auch über den lokalen und nationalen Kontext hinaus betrachten und ermöglichen wollen. Austauschprogramme insbesondere im Jugendbereich, Engagement im Rahmen internationaler Hilfe oder auch die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft sind wesentliche Aspekte. Austausch, Kooperation und Vernetzung führen zu Innovationen durch neue Engagementformen, Handlungsfelder und Zielgruppen.

4. Formen bürgerschaftlichen Engagements

Bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege äußert sich in vielfältigen Formen. Die bekanntesten sind:

- das ***Ehrenamt***, das oft eine enge Identifikation mit dem Verband umfasst und ein verbindliches Tätigsein oder auch eine Mitgliedschaft bedingt. Beispiel hierfür ist die Arbeit in Verbandsorganen.
- das ***freiwillige Engagement***, das geprägt ist durch punktuelle, themenbezogene und zeitlich begrenzte Tätigkeiten. Beispielhaft ist hier die Mitwirkung in Freiwilligen-Zentren oder andere freiwillige unbezahlte Tätigkeiten in sozialen oder anderen gemeinwohlorientierten Einrichtungen und Projekten. Freiwilliges Engagement ist nicht an Mitgliedschaft oder andere Zugehörigkeiten gebunden, wird aber vielfach auch von Mitgliedern oder der Organisation nahestehenden Personen geleistet.
- die ***Freiwilligendienste*** als eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Sie garantieren aufgrund einer freiwilligen Selbstverpflichtung, dass Freiwillige sich für eine festgelegte Zeit verlässlich und zeitlich intensiv engagieren. Durch die spezifische Kombination praktischer Tätigkeiten und begleitender Bildungsarbeit sind sie Bildungs- und Orientierungsjahr und gleichzeitig ein Lerndienst für die Bürgergesellschaft.

- die **Selbsthilfe**, die zum Ziel hat, für sich und andere Lösungen für konkrete Anliegen zu suchen bzw. abzusichern.

Darüber hinaus gibt es weitere Engagementmöglichkeiten wie politisches oder gemeindliches Engagement, kommunale und öffentliche Ehrenämter (z.B. Aufgaben im Betreuungsrecht, in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Schöffenamtsamt). Das Engagement von Stiftungen, Unternehmen und wirtschaftsorientierten Verbänden liefert zahlreiche Impulse auch für die Freie Wohlfahrtspflege. Genossenschaften, Tafeln und Tauschringe sind zumeist nur durch bürgerschaftliches Engagement möglich, und auch Wohlfahrtsverbände sind lokal an dieser Form gegenseitiger Hilfe beteiligt. Darüber hinaus führen Social Media zu neuen Wegen der Beteiligung und Kommunikation, insbesondere bei jungen und für junge Menschen und ermöglichen damit auch neue Engagement- und Organisationsformen.

5. Strategien zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Beteiligung ermöglichen

Wir setzen uns dafür ein, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur denjenigen zugänglich ist, die über höhere Bildungsabschlüsse und Einkommen verfügen. Bürgerschaftliches Engagement in den Verbänden steht vielmehr auch Menschen offen, die von Armut, Krankheit, Behinderung oder Ausgrenzung betroffen sind. Uns ist es wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Damit wollen wir interkulturelle Lernprozesse voranbringen und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken.

Dabei bedürfen die Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb unserer Verbände einer kontinuierlichen Überprüfung. Menschen, die sich freiwillig in unseren Einrichtungen und Diensten engagieren, bringen neben ihrer Zeit auch eigene Ideen und persönliche Erfahrungen ein. Die Perspektive der Freiwilligen muss von uns noch ernster genommen werden. Freiwillige sollten stärker als bisher an der Ausgestaltung ihres Engagements beteiligt werden. Durch Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten nutzen wir die Erfahrungen und die Kreativität der Freiwilligen und würdigen ihr Engagement.

Rahmenbedingungen schaffen

Für eine starke Zivilgesellschaft sind die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement kontinuierlich zu prüfen und weiterzuentwickeln. Ein Teil unserer Strategie ist es daher, sich für den Ausbau von gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten und den Abbau von engagementhemmender Bürokratie einzusetzen. Prekäre Lebenssituationen stehen Engagement häufig entgegen. Eine solidarische Sozialpolitik ist daher eine der Grundbedingungen für eine lebendige Bürgergesellschaft. Wir wollen eine Engagementpolitik, die die pluralen Lebenslagen der Menschen aufgreift.

Gemeinschaft organisieren

Bürgerschaftliches Engagement bedarf der Unterstützung durch hauptamtliche und institutionelle Strukturen. Dazu sind ein professionelles Freiwilligenmanagement sowie entsprechende Maßnahmen zur Qualifizierung und Qualitätsentwicklung notwendig. Neben das längerfristig und verbindlich angelegte Ehrenamt ist freiwilliges Engagement getreten, das auf zeitlich befristete Projekte und punktuelle Aktivitäten hin ausgerichtet ist. Über Freiwilligen-Zentren und -Agenturen, internetbasierte Freiwilligenbörsen und Netzwerke bringen wir Engagierte und Engagementwillige mit sozialen Einrichtungen zusammen. Damit organisieren wir die Unterstützung von Menschen, die Hilfe und Begleitung benötigen und fördern zugleich solidarisches Handeln, Gemeinschaftssinn und sozialen Zusammenhalt.

Innovation fördern

Bürgerschaftliches Engagement fördert die Innovation der Praxis und Theorie sozialer Arbeit. Fast jede Form sozialer Hilfe und Unterstützung ist zuerst von bürgerschaftlich Engagierten entwickelt worden. Nichtberufliche Kräfte sind mit ihrer Wahrnehmung nicht selten näher an den Nöten und Bedürfnissen der Menschen als berufliche Mitarbeiter. Damit kommt ihnen eine wichtige Brückenfunktion zu: Sie vermitteln den hauptamtlichen Strukturen, wo und welche Hilfe und Unterstützung gebraucht werden. Wenn innovative Ideen isoliert bleiben und nicht verbreitet werden, können sie ihre Wirkung nicht nachhaltig entfalten. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verfügen über ein dichtes Netz fachlicher und verbandlicher Kommunikation, in der neue Themen, Handlungsformen und Methoden aufgenommen, systematisiert und vervielfältigt werden können.

Engagement anerkennen

Bürgerschaftliches Engagement bedarf der Anerkennung auf der persönlichen Ebene, den Ebenen der Organisationen und der Gesellschaft. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verfügen selbst über vielfältige Ansätze einer Anerkennungskultur, die sich in der Interaktion zwischen Engagierten und hauptamtlich Tätigen beständig erneuern muss. Wir setzen uns für eine stärkere Anerkennung des Engagements in der Gesellschaft und in der Wirtschaft ein. Dies bedeutet vor allem mehr Anerkennung des Engagements im Hinblick auf Ausbildung, Studium und berufliche Werdegänge sowie eine bessere Vereinbarkeit von Engagement mit Familie und Beruf.

Bildung gestalten

Im bürgerschaftlichen Engagement finden vielfältige informelle und nonformale Lernprozesse statt. Diesen Bildungscharakter des Engagements gilt es auch künftig hervorzuheben und zu gestalten. Neue Formen der Qualifizierung von Engagierten sind ebenso erforderlich wie die Qualifizierung der sie begleitenden Hauptamtlichen. Daneben müssen für neu entstehende Aufgaben auch Anforderungsprofile für freiwilliges Engagement entwickelt werden.

6. Zentrale gesellschaftliche Trends als Herausforderung und wesentliche Aufgaben

Auswirkungen des demographischen Wandels

Die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements wird im Lichte der Auswirkungen des demographischen Wandels neu zu diskutieren sein. Wir setzen uns für förderliche Rahmenbedingungen ein, um Regionen zu stärken und ein funktionierendes lokales Gemeinwesen zu erhalten. Im Fokus von Engagementpolitik muss die Aufrechterhaltung und Ermöglichung von Teilhabe im Gemeinwesen stehen. Hierfür werden eigenständige Infrastrukturen benötigt, vor allem für die wachsende Zahl aktiver Seniorinnen und Senioren. Bürgerschaftliches Engagement darf dabei jedoch nicht zur Kompensation für fehlende Fachkräfte oder zur Kostensenkung in gemeinnützigen sozialen Organisationen missbraucht werden.

Armut verfestigt sich

Armut nimmt in Deutschland je nach Datenquelle zu oder bleibt zumindest konstant. Vor allem wird es zunehmend schwieriger für Menschen, sich aus Armutslagen wieder herauszuarbeiten: Armut verfestigt sich am unteren Rand. Hinter diesen Prozessen stehen unter anderem ein Anwachsen des Niedriglohnsektors, immer mehr alleinverdienende Niedriglöhner und negative Entwicklungen im Verhältnis von Einkommen und Bedarf. Es ist schwierig, Langzeitarbeitslose dabei zu unterstützen, sich aus ihren prekären Lebenslagen zu befreien. Gleichzeitig wissen wir, dass sich die Betroffenen häufig aus sozialen Netzwerken zurückziehen und sich isolieren – und sich ihre Chancen auf Aufstieg verringern. Für die Freie Wohlfahrtspflege ist es eine Verpflichtung, hier anzusetzen und für diese Menschen etwas zu tun.

Dabei spielt die stärkere Aktivierung und Gewährleistung von Teilhabe von in Armut und in prekären Lebenslagen lebenden Menschen am bürgerschaftlichen Engagement für uns eine besondere Rolle. Bürgerschaftliches Engagement soll dabei nicht allein für, sondern auch mit von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen geleistet werden.

Engagement ist mit Kosten und Ressourcen verbunden, die sich die Engagierten aus der Mitte der Gesellschaft leisten können und zu leisten bereit sind. In Folge dessen sind Prozesse der Reproduktion sozialer Ungleichheit im bürgerschaftlichen Engagement zu beobachten. Für Menschen in Armut und prekären Lebenslagen ist daher nicht nur die Erstattung von Fahrt- und Sachkosten im Rahmen des Engagements wichtig. Sie benötigen auch besondere Zugänge zu und gleichberechtigte Teilhabe an verschiedenen Aktivitäten im Kreis der anderen Engagierten und Mitglieder. Dies ermöglicht gesellschaftliche Einbindung und ein Gegengewicht zu Mechanismen des sozialen Ausschlusses. Für Kinder und Jugendliche in prekären Lebenslagen sind eigene Strategien zu entwickeln, um Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement zu ermöglichen. Bürgerschaftliches Engagement führt zu Befähigung und Selbstorganisation. Es schafft Räume, in denen Lernprozesse stattfinden, Kompetenzen gestärkt und Selbstwirksamkeit vermittelt werden können und in denen praktische solidarische Hilfe geschieht. Engagementpolitik soll dies aufgreifen, kann aber keine entsprechende Sozial- und Bildungspolitik ersetzen.

Veränderung der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt unterliegt zunehmenden Tendenzen der Flexibilisierung, der Ausweitung von Arbeitszeiten und der Verdichtung der Arbeit. Hinzu kommen verlängerte Fahrtzeiten und die Zunahme an Zweitbeschäftigungen. Mangel an Zeit ist für erwerbstätige Menschen bereits jetzt ein zentrales Hindernis für ein längerfristiges und verbindliches Engagement. Engagementpolitik muss dies aufgreifen: Beschäftigten sind, ohne dass sie berufliche oder finanzielle Nachteile erfahren, Tätigkeiten für das Gemeinwohl zu ermöglichen. Um Engagement, Beruf und Familie zu vereinbaren, müssen Partnerschaften mit Unternehmen gebildet und auch neue Formen und Orte für Engagement geschaffen werden. Staatliche Anreize oder Ausgleichsverfahren sollten dies flankieren.

Veränderungen in Schule und Ausbildung

Die Verdichtung der Schul- und Ausbildungszeiten führt zu einem messbaren Rückgang des Engagements junger Menschen. Das mag zunächst vor allem Jugendverbände und die in der Kinder- und Jugendhilfe vorgesehenen Partizipationsangebote betreffen, hat aber langfristige Folgen für das bürgerschaftliche Engagement insgesamt. Bundesweit gewinnt die Vermittlung von Engagement im Rahmen des schulischen Unterrichts und Ausbildungsprozessen als „Service Learning“ an Bedeutung. Die Heranführung junger Menschen an Strukturen sozialer Unterstützung und Gemeinschaft wird ein wesentliches Element sein, um ihre Bereitschaft für ein späteres Engagement im Erwerbsleben zu fördern und die Einübung demokratischer Verfahren, Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit begünstigen. Junge Menschen müssen ihr Engagement stärker und konkreter als bisher für Übergänge in Ausbildung, Studium und Beruf nutzen können. Engagementpolitik muss neue Zugänge für Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studierende fördern. Die Anerkennungsmöglichkeiten des Engagements müssen zusammen mit den Ausbildungsorten und -institutionen verhandelt werden.

Gestaltung von Inklusion

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder von Behinderung bedrohten Menschen ist zu einer wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geworden. Wir verstehen dabei Inklusion als handlungsleitendes Prinzip umfassend und nehmen sukzessive auch andere Personengruppen unter den Aspekten „Anerkennung von

Vielfalt“ und „Beachtung von Benachteiligung“ in den Blick. Der Aufbau inklusiver Lebensräume stellt neue Erwartungen an soziale Arbeit und an eine Förderung und Ausgestaltung des Engagements in diesen Handlungsfeldern. Inklusives Engagementpolitik heißt einen Perspektivenwechsel zu vollziehen: Menschen mit Behinderung, Menschen in prekären Lebenslagen oder sozial und kulturell marginalisierten Gruppen ist bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen. Barrierefreiheit, leichte Sprache und interkulturelle Öffnung können dies unterstützen.

Neue Herausforderungen für die Bereiche Gesundheits- und Altenhilfe

Selbstbestimmte Teilhabe, Prävention, Begleitung, Unterstützung und Pflege gehören hier zu den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. In einer alternden Gesellschaft wird es von besonderer Bedeutung sein, ältere Menschen nach Eintritt in das Rentenalter für unterschiedliche Engagementformen zu gewinnen. Neue Formen des Zusammenlebens für Ältere und Menschen mit Unterstützungsbedarf müssen sich entwickeln. Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Unterstützung eines eigenständigen Lebens werden ebenso an Bedeutung gewinnen wie die Unterstützung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Erhaltung ihrer persönlichen Mobilität, insbesondere in dem von deutlichem Bevölkerungsschwund betroffenen ländlichen Raum.

Neue Lasten- und Aufgabenverteilung bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen in der Freien Wohlfahrtspflege

Soziale und gesundheitliche Dienste und Hilfen werden in allen unseren Arbeitsfeldern im Zusammenwirken unterschiedlicher Systeme, Ressourcen und Kompetenzen erbracht. Die Leistungen der freien, öffentlichen und privaten Träger werden ergänzt durch Selbsthilfe und Eigentätigkeit der Betroffenen, durch Leistungen aus dem privaten und nachbarschaftlichen Umfeld sowie durch bürgerschaftliches Engagement. Diese komplexe, häufig als Wohlfahrts-Mix bezeichnete Leistungserbringung unterliegt gegenwärtig Veränderungen auf mehreren Ebenen. Dazu gehören die angespannte öffentliche Haushaltslage ebenso wie veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen, die Entwicklung von Fachstandards sowie der Kostendruck und die Ökonomisierung in den Einrichtungen und Diensten. Dazu gehört aber auch ein gewachsener Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, über ihre eigenen Anliegen und Interessen mitzuentcheiden und als Engagierte an der Ausgestaltung ihrer Aufga-

ben und Verantwortungsspielräume aktiv mitzuwirken. Mehr gemischte Teams von bürgerschaftlich Engagierten und hauptamtlich Tätigen verändern die soziale Arbeit. Den Einsatz von Engagierten nicht primär unter Kostengesichtspunkten zu planen, ihre besonderen Ressourcen zu berücksichtigen, ihnen Entscheidungs- und Mitgestaltungsspielräume zu öffnen und damit den Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements zu wahren, gehört zu den Herausforderungen für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, denen wir uns stellen.

Zugleich werden in der Frage der Fortentwicklung des Wohlfahrts-Mix gesellschafts-politische Zukunftsfragen berührt - auch die nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Welche Leistungen stehen den Bürgerinnen und Bürgern auch künftig zu? Welche werden professionell erbracht und staatlich finanziert? Und wer entscheidet über die Art und Weise ihrer Erbringung? Die Freie Wohlfahrtspflege als Teil der Bürgergesellschaft bestimmt die dazugehörigen Diskurse und Aushandlungsprozesse aktiv mit.

Weiterentwicklung einer Engagementpolitik

Die Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement zeigen, dass eine eigenständige kohärente und koordinierende Engagementpolitik des Staates auf kommunaler, Länder- und Bundesebene sowie auf europäischer Ebene notwendig ist: Bürger-schaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen sowie ressortübergrei-fendes Denken und Handeln. Der individuellen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch angehobene Übungsleiter-Freibeträge steht eine mangelnde Finanzierung von kommunalen Infrastrukturen für bürgerschaftliches Engagement entgegen. Stellenweise sind die Wohlfahrtsverbände gut genug ausgestattet, um ei-gene Ehrenamtsbüros vorzuhalten oder sie erhalten hier Mittel von Land oder Kom-mune für Freiwilligen-Zentren bzw. -Agenturen. Die wichtige Entwicklung einer loka-len Engagementlandschaft bleibt der jeweiligen Haushaltslage vor Ort überlassen. Der Bund übernimmt Verantwortung durch zeitlich befristete Programme und Projekt-förderungen, wie etwa für die Mehrgenerationenhäuser. Die Infrastruktur für bürger-schaftliches Engagement ist insgesamt durch befristete Projekte und punktuelle Un-terstützung durch öffentliche Haushalte, Unternehmen und Stiftungen gekennzeich-net. Kurze Finanzierungszeiträume ("Projektruinen") verhindern nicht selten den Aufbau nachhaltiger Infrastruktur. Ziel ist es, zur Gewährleistung gleicher Lebensverhältnisse und im Sinne des Rechts auf Teilhabe bundesweit eine engagementfördernde Infra-

struktur zu etablieren, gemäß unserem Leitbild und dem Subsidiaritätsprinzip folgend.

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen weiterdenken

In privatwirtschaftlichen Unternehmen, Stiftungen und ihren Zusammenschlüssen, aber auch in Teilen der Wohlfahrtspflege findet eine Diskussion um Aspekte der zivilgesellschaftlichen Mitverantwortung und des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen in der Gesellschaft und im lokalen Gemeinwesen statt. Kernbegriffe sind hier Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility. Umgesetzt wird dies z.B. durch die Förderung des Mitarbeiterengagements seitens des Unternehmens oder durch Mitwirkung an gemeinnützigen Projekten. Partnerschaften und Kooperationen in Hilfsprojekten mit Organisationen aus dem Sektor Wirtschaft sind für unsere Verbände kein Novum und sollten weiter ausgebaut werden.

In der konkreten Kooperation zwischen Unternehmen und unseren Mitgliedsverbänden entsteht ein Mehrgewinn auf beiden Seiten: die Ermöglichung von sozialen Vorhaben, die Einbindung berufstätiger Menschen und damit ein Mehr an sozialer Kohäsion, Lerneffekte innerhalb der Mitarbeiterschaft, Umsetzung eines Leitbilds guter Unternehmensführung, mitunter auch Kontakte zwischen Nutzerinnen und Nutzern unserer Einrichtungen und Dienste und den Unternehmen und vieles mehr. Engagementpolitik muss die Entstehung solcher win-win-Situationen fördern. Hierzu gehört auch, Standards zu etablieren, um bürgerschaftliches Engagement von reinen Marketing-Instrumenten zur Verbesserung des Images und zur Erhöhung der Marktakzeptanz unterscheidbar zu halten.

7. Schlussfolgerungen

Eine lebendige Bürgergesellschaft braucht gute Rahmenbedingungen:

- Engagementpolitik kann Ausgrenzung und Armut nicht verhindern oder Bildungsaufgaben übernehmen – sie kann jedoch förderlich wirken und muss auf die gerechte Ausstattung aller Bürgerinnen und Bürger mit den für bürgerschaftliches Engagement handlungsnotwendigen Ressourcen achten. Hierzu sollte Engagementpolitik stärker die Hemmnisse und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger untersuchen, um moderne und neue Formen zur Förderung zu entwickeln.

- In der Gesellschaft ist eine große Engagementbereitschaft vorhanden. Damit sie diese Bereitschaft in die Tat umsetzen, brauchen die Bürgerinnen und Bürger eine stärkere Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse. Dies betrifft v.a. die Faktoren Zeit, Verantwortung, Fachlichkeit und Anerkennung. Die sich daraus ergebenden Aufgaben können von Hauptamtlichen nicht nebenbei erledigt werden. Große Einrichtungen und Träger mögen die nötigen Ressourcen für ein professionelles Freiwilligenmanagement und Organisationseinheiten wie Ehrenamtsbüros oder Freiwilligen-Zentren haben. Aber nicht überall sind diese Voraussetzungen gegeben. Die positiven Erfahrungen aus verschiedenen Programmen, wie Stadtteilbüros im Rahmen von Soziale Stadt, Mehrgenerationenhäuser und auch den Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Union zur Strukturförderung, zeigen, wie wichtig Anlauf- und Entwicklungsstellen für bürgerschaftliches Engagement sind. Gleichzeitig fehlt es an langfristiger Förderung und Nachhaltigkeit, so dass eine bundesweite Landschaft von „Projektruinen“ existiert. Zusammen mit der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind hier Lösungen für eine verbindliche und nachhaltige engagementfördernde Infrastruktur vor Ort zu finden.
- In der Gesellschaft hat sich ein neues Selbstverständnis von Mitentscheidung und Transparenz entwickelt, das nicht allein über Wahlen und Parteimitgliedschaften befriedigt wird. Im Gegenteil: Politik sieht sich mit neuen sozialen Bewegungen konfrontiert, die mitunter diffamierend als „Wutbürger“ bezeichnet werden. Engagementförderung hat die Aufgabe, demokratische Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen und neue Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte zu entwickeln.
- Unternehmen haben auch eine soziale Verantwortung. Wir begrüßen, dass Unternehmen sich zunehmend dieser Verantwortung bewusst zeigen und wollen daran mitwirken. Dabei ist in die politische Debatte stärker einzubringen, dass die Sozialwirtschaft mit ihren eigenen Ökonomieprinzipien ebenfalls ein Modell für wirtschaftliches und soziales Handeln darstellt. Innerhalb der Sozialwirtschaft gibt es eigene Aktivitäten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, die weiter ausgebaut werden sollten. Als BAGFW sehen wir unsere Aufgabe darin, hier innovative Modelle und Wege aufzuzeigen.
- Im Rahmen der Erbringung und Gewährleistung wohlfahrtspflegerischer Leistungen kommt es zunehmend zur Auszahlung von pauschalen Aufwands-

entschädigungen, Honoraren oder Erstattungen für bürgerschaftliches Engagement. Diese gesetzeskonformen und politisch gewollten Zahlungen erfolgen beispielsweise über Sätze in der Kinder- und Jugendhilfe, Pflege sowie im Rahmen von Bundesprogrammen und Modellen. Wir sehen hierin einen Trend zur Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements, ohne dass dieser bisher hinreichend untersucht wurde. In der Politik wird dieser Trend unterschiedlich aufgegriffen. Auch manche Stiftungen und Unternehmen setzen auf individuelle monetäre Engagementförderung. Wir sehen uns hier vor ein allein nicht lösbares Spannungsfeld gestellt: Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger kann oder will sich nur unter den Bedingungen von monetären Erstattungen engagieren, ein anderer Teil sieht dies kritisch als Form von Fachkräfteersatz unterhalb eines Niedriglohns. Die Bedeutung und Tragweite von monetären Erstattungen ist für verschiedene Engagementformen innerhalb der Sozialwirtschaft und auch in den anderen Sektoren zu evaluieren. Bürgerschaftliches Engagement als Austauschbeziehung auf Basis von Geld widerspricht unserem Leitbild und reduziert Engagement auf einen reinen Dienstleistungscharakter.

- Bürokratie und Regulierungen betreffen auch das bürgerschaftliche Engagement, insbesondere in der Vereinsführung. Abgabenordnung, Gemeinnützigkeitsrecht und Verwaltungsvorschriften stellen unabhängig von Umsatzgrößen oder qualitativen Unterschieden zwischen kleinen Vereinen und großen Verbänden eine Herausforderung beziehungsweise Hemmnisse dar. Hier sind dringend Bürokratieabbau und deregulierende Maßnahmen vorzunehmen, um die Arbeit insbesondere von kleinen Vereinen, Jugendverbänden und Selbsthilfegruppen weiterhin zu ermöglichen. Genau auf dieser Ebene beklagen viele Organisationen, dass sich immer weniger Menschen für das klassische Ehrenamt in Vorstandsfunktionen finden lassen. Gründe sind ein Mangel an Zeit und Kompetenz im Umgang mit den gesetzlichen und verwaltungstechnischen Vorgaben. Hier sind Bagatellgrenzen im Antrags- und Verwendungsverfahren dringend notwendig. Eine stringente und koordinierte Engagementpolitik von Bund, Ländern und Kommunen muss entsprechende Vorschläge entwickeln und bessere Umsetzungsmöglichkeiten aufzeigen.
- Über das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund ist nach wie vor vergleichsweise wenig bekannt, außer dass dies tendenziell nicht in den

traditionellen deutschen Vereinen stattfindet. Auch Menschen mit Behinderung, Menschen in Armut oder aus sozialen Randgruppen sind wenig in den traditionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements vertreten. Engagementpolitik muss verschiedene Zielgruppen in den Blick nehmen und auch eine zielgruppenspezifische Förderpolitik entwickeln. Förderpolitik ist dabei umfassend zu verstehen: Niedrigschwellige Zugänge müssen geschaffen, bisher wenig sichtbares Engagement muss anerkannt werden. Zur Förderung von Engagement und Beteiligung gehören zudem eine breite Etablierung der Leichten Sprache sowie die Entwicklung zielgruppenspezifischer neuer Beteiligungsformate.

- Wir halten eine ermöglichende Engagementpolitik des Bundes für elementar, um Rahmenbedingungen wie Finanzierung, Rechtsentwicklung und Klärung föderaler Zuständigkeiten zu gewährleisten. Eine Klärung von Zuständigkeiten für bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Bundesregierung sollte in diesem Kontext erfolgen. Außerdem ist eine stringente Abstimmung mit den Ländern und Kommunen vorzunehmen.
- Eine regelmäßige Evaluation der Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement halten wir für unabdingbar. Mit dem Ersten Engagementbericht der Bundesregierung und dem bereits beauftragten zweiten Bericht ist eine Grundlage geschaffen, deren Handlungsempfehlungen indes einer kritischen Diskussion bedürfen. Ebenso sind die zivilgesellschaftlichen Aspekte aktueller Berichterstattungen der Ministerien einzubeziehen, insbesondere der 6. Altenbericht, der 9. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland sowie der 14. Kinder- und Jugendbericht.
- Die Freie Wohlfahrtspflege benötigt mehr quantitative, aber auch qualitative Forschungsergebnisse, aus denen sich wichtige Handlungsempfehlungen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ableiten lassen. Zu den Bedarfen gehören statistisch valide Daten und Fakten, etwa zur Zahl der in unterschiedlicher Form und Intensität bei uns engagierten Menschen. Wir benötigen fundierteres Wissen über ihre Zugänge und Hürden, Motive, Bedürfnisse und Erwartungen. Auch über die konkreten Bedingungen des Engagements vor Ort, das Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamt oder die Wirkungen lokaler Infrastruktureinrichtungen verfügen wir noch über kein hinrei-

chendes Wissen. Dem Bereich der Engagementforschung muss daher in den kommenden Jahren verstärkte Aufmerksamkeit zukommen.

- Die gesellschaftlichen Trends und Zukunftsfragen sind unserer Einschätzung nach so wichtig, dass eine breit angelegte Debatte im Rahmen einer weiteren Enquete-Kommission unter Beteiligung aller Parteien, Verbände und Sektoren nötig ist. Eine solche sektorübergreifende Enquete wahrt die verfassungsrechtlichen Aufgaben der Politik und bietet den richtigen Rahmen, um gemeinsam mit den beteiligten Sektoren und Akteuren Handlungsempfehlungen und Selbstverpflichtungen zu entwickeln.